



ÖDP Bayern

10 Eckpunkte zur Bundestagswahl 2017

Unser Grundsatz: Mensch und Planet vor Profit!

Der oberste Grundsatz für unser politisches Handeln, unsere „goldene Regel“ lautet: Wir dürfen nicht nur an uns selbst denken, sondern müssen auch solidarisch Sorge tragen für alle Menschen auf diesem Planeten und für die zukünftigen Generationen. Darüber hinaus sind wir uns bewusst, dass wir in die belebte und unbelebte Natur um uns herum eingebettet sind und für sie Verantwortung tragen.

Unser Ziel ist eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik: Gutes Leben für alle! Mensch und Umwelt müssen Vorrang vor Profitgier und Wachstumswahn haben.

Die folgenden 10 Programmaussagen sind uns aktuell besonders wichtig.

Ja zur Gemeinwohlökonomie, wie in der Bayerischen Verfassung (Art. 151) bereits verankert! Anerkennung der familiären Sorge-Arbeit durch Gehalt und vollen Rentenanspruch

Der zerstörerische Wachstumsgedanke führt zu einer immer schnelleren Plünderung unseres Planeten. Zusammen mit der neoliberalen Wirtschaftsdeologie vergrößert sich zunehmend die Schere zwischen Arm und Reich. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Es wird Zeit, diese im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung formulierten Forderungen ernst zu nehmen. Dafür steht die ÖDP:

- Wir wollen die menschliche Arbeitskraft von Steuern und Abgaben entlasten und stattdessen den Verbrauch knapper Ressourcen belasten – ohne Erhöhung der Gesamtabgabenlast.
- Kapitalerträge müssen genauso wie Einkünfte aus Arbeit besteuert werden.
- Wir plädieren für die Erhebung einer Umsatzsteuer auf alle Börsengeschäfte (Finanztransaktionssteuer).
- Arbeit in der Familie („Sorge-Arbeit“ für Kinder und pflegebedürftige Angehörige) ist vollwertige Arbeit und hat Anspruch auf Einkommen und Rente. Der sog. „Soli“ muss künftig zur Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Familien-Gehalts verwendet werden.
- Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz nach gesetzlich zu definierenden Kriterien aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile genießen. „Gemeinwohl-Kriterien“

sollen z.B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Aktivitäten zur Vermögensbildung der Mitarbeiter u. ä. sein.

Fairhandel statt schrankenloser Freihandel: CETA, TTIP und TISA stoppen.

Die Grundüberzeugung der ÖDP ist es, dass die Politik die Aufgabe hat, den Vorrang des Gemeinwohls vor wirtschaftlichen Einzelinteressen durchzusetzen. CETA, TISA und TTIP rütteln daran. Es besteht die Gefahr, dass internationale Großkonzerne durch Freihandelsabkommen noch größeren Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen und Sozial-, Verbraucherschutz-, Umwelt- und Naturschutzstandards vor internationalen Schiedsgerichten angreifen und die Entwicklungsländer noch ärmer werden. Dem stellen wir uns konsequent entgegen. Wir treten für Fairhandelsverträge ein, mit denen der Welthandel verbindliche ökologische und soziale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt erhält.

Die Demokratie stärken, den Lobbyismus einschränken, Verbot von Firmenspenden an Parteien.

Spenden von Firmen, Konzernen und Wirtschaftsverbänden an die politischen Parteien müssen verboten werden. Nur so ist Politik zum Wohle der Allgemeinheit möglich. Dass diese Geldgeschenke derzeit ausdrücklich erlaubt sind, ist ein Skandal. Wer würde denn vertrauensvoll ein Amtsgericht, eine Polizeiinspektion oder ein Vermessungsamt aufsuchen, wenn den dort Beschäftigten per Gesetz ausdrücklich erlaubt wäre, Geldgeschenke anzunehmen. Unvorstellbar! Die ÖDP fordert deshalb: Was für die vollziehende Staatsgewalt und für die Justiz gilt, muss endlich auch für die gesetzgebende Gewalt, also für das Parlament und die Parteien gelten! Die ÖDP nimmt als einzige Partei keine Geldgeschenke von Unternehmen und Lobbyisten an. Wir fordern: Die parlamentarische Demokratie muss durch verbesserte direkte Demokratie auf allen Ebenen ergänzt werden.

Die Überhitzung des Planeten verhindern – Raus aus allen fossilen Energieformen bis 2023 – 100% erneuerbare Energie mit modernster Speichertechnik – keine Ausweitung des Flugverkehrs

Krisenunabhängige, klimaschonende Versorgungssicherheit gibt es auf Dauer nur mit 100 % erneuerbarer und möglichst regional erzeugter Energie – ohne Kohle und Atomkraft. Die Verbrennung von Kohle kann angesichts der fortschreitenden Überhitzung des Planeten und seiner Atmosphäre nicht länger verantwortet werden und muss deshalb sofort, spätestens aber bis zum Jahr 2023 beendet werden. Wir wollen die Anstrengungen zur dezentralen Speicherung erhöhen, die ursprüngliche Dynamik des Erneuerbaren Energiengesetzes wieder herstellen und bürokratische Beschränkungen wie die 10H-Regelung bei der Windkraft beseitigen. Die Einsparung von Energie und CO₂ durch bewussten Verbrauch und effiziente Technik wollen wir fördern und den Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor Straßenneubauten festschreiben. Die dritte Startbahn am Münchner Flughafen lehnen wir ab. Nur so können die internationalen Klimaschutzziele erreicht werden.

Vielfalt und Schönheit bewahren und erneuern! Artenschutz, Tierschutz, Trinkwasser- und Nahrungsqualität durch faire Existenzsicherungsverträge für die bäuerliche Landwirtschaft.

Die natürlichen und kulturellen Schönheiten unseres Landes und der ganzen Erde müssen aktiv geachtet und geschützt werden. Ohne Stabilität und Vielfalt in Natur und Kultur gibt es für die Menschen kein gutes Leben.

Konsequenter Artenschutz, Erhalt und Pflege von natürlichen Lebensräumen, Beendigung des Flächenverbrauchs, Sicherung und Sanierung der Grundwasservorräte – dies alles braucht vor allem eine ehrliche Partnerschaft mit der bäuerlichen, nicht-industrialisierten Landwirtschaft. Ihr wollen wir Existenzsicherungsverträge anbieten und sie von der Horrodrohung „Wachsen oder Weichen“ befreien: Tatsächlich erbrachte Leistungen der Bauern für das Gemeinwohl (Wasserschutz, Artenschutz, Biotoppflege, Tierschutz etc.) müssen fair bezahlt werden!

Die Ursachen von Flucht und Migration reduzieren: Für gerechte Strukturen in der Weltwirtschaft – gegen Waffenexporte.

Menschen, die an Leib und Leben bedroht werden und zu uns fliehen, müssen gemäß Grundgesetz und Bayerischer Verfassung auf unsere Hilfe zählen können. Wer hilft, darf aber nicht überfordert werden und sich auch selbst nicht überfordern. Wir müssen deshalb eine Politik voranbringen, die über die Grenzen schaut und Verantwortung für das Entstehen gerechter Strukturen in einer globalisierten Welt übernimmt. Der marktradikal-neoliberale Freihandel ist eines der gefährlichsten Entwicklungshemmnisse gerade in Afrika: Aggressive Landwirtschaftsexporte aus der EU, Enteignung der Bauern durch das sog. „Landgrabbing“ und die industrialisierte Fischerei zum Schaden der einheimischen Bevölkerung sind ebenso einzustellen wie der mörderische Waffenexport. Die Lieferung von Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Staaten steht jeder Friedenspolitik entgegen. Die ÖDP Bayern fordert wie der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick transparente Genehmigungsverfahren und restriktive Vorgaben für Rüstungsgeschäfte. Wir wollen die unverantwortbaren Waffenexporte stoppen, weil sie Menschen bedrohen, Konflikte verschärfen und so die Migration befeuern.

Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze, sondern unverzichtbare Grundwerte: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und Hass-Kommunikation.

Nicht nur Terror und Kriminalität bedrohen Freiheit und Persönlichkeitsrechte aller Menschen. Auch die global agierenden Kommunikationskonzerne („Big Data“) haben die Möglichkeit, Grundrechte der Nutzer auszuhebeln, sich als „quasi-rechtsfreie“ Räume zu organisieren und die Gesellschaft zu manipulieren. Daher treten wir für einen aktiven, leistungsfähigen Staat, für eine bestens ausgestattete Polizei und Justiz sowie für den Erhalt und den Ausbau öffentlich-rechtlicher Strukturen ein.

Die von der CSU unter Edmund Stoiber durchgedrückten Einsparungen bei der Polizei waren gefährlich fehlerhaft, sie sind schnellstens und ohne Trickereien zu revidieren. Wir unterstützen eine Null-Toleranzpolitik gegenüber jeder Form von Kriminalität. Aber auch die Hass-Kommunikation in modernen Kommunikationssystemen muss konsequent verfolgt werden.

Für ein Europa der Zusammenarbeit – gegen den lebensgefährlichen Irrweg des Nationalismus.

Trotz vielfältiger Fehlentwicklungen (z.B. Demokratiedefizite, Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, wuchernder Lobbyismus) bleibt die Europäische Union unverzichtbar, weil nur in der Gemeinschaft der Länder den international agierenden Konzernen ein ökologisch-sozialer Werterahmen vorgegeben werden kann. Die einzelnen Nationalstaaten können das Gemeinwohl nicht gegen die mächtigen Großunternehmen verteidigen, diese zur Zahlung angemessener Steuern verpflichten und endlich die Regulierung der Finanzindustrie voranbringen. Deshalb muss Europa als Staatenverbund erhalten bleiben, demokratisch gestaltet werden und der kulturellen Vielfalt seiner Regionen verpflichtet sein.

Wir warnen vor einem Erstarren des Nationalismus. Dieser gefährliche Irrtum hat in der Vergangenheit Krieg und menschliches Elend verursacht. Er wird auch heute und in Zukunft nicht Gutes bewirken.

Für eine menschliche und wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeversorgung.

Für das gesamte Gesundheits- und Pflegesystem gilt: Im Grunde haben wir Verhältnisse, um die uns viele auf der Welt beneiden. Allerdings muss wieder der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die zunehmende Kommerzialisierung und Bürokratisierung widerspricht den Interessen der hilfeschuchenden Menschen. Es wird an den falschen Stellen gespart und falsch kontrolliert mit dem Ergebnis, dass die Qualität der Behandlung sinkt, es am Ende teurer wird und keine Missstände vermieden werden. Die Leistungen der „sprechenden“ und präventiv-beratenden Medizin sind besser zu honorieren. Auch der Erhalt wohnortnaher Kliniken ist wo immer es geht anzustreben; er darf nicht durch gesetzliche Hemmnisse unmöglich werden.

Die jüngsten Gesetzesänderungen zur Pflegereform haben einen schädlichen Gegensatz zwischen ambulanter und stationärer Pflege aufgebaut. Man darf aber nicht das eine auf Kosten des anderen entwickeln, weil in der Realität Pflege in aller Regel häuslich und ambulant beginnt, nach einiger Zeit aber stationär fortgesetzt werden muss. Wir treten für einen deutlich verbesserten Personalschlüssel in allen Pflegeeinrichtungen ein, weil nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal eine humane Bewältigung der ebenso anspruchsvollen wie schwierigen Aufgaben möglich ist.

Existenzschutz durch eine staatliche Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden.

Die ÖDP tritt für die Einführung einer staatlichen Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden ein. Von Extremregen kann jeder betroffen sein, auch wenn er nicht an einem Fluss wohnt. Angesichts der sich häufenden Bedrohung in Folge der Klimaveränderung muss deshalb der staatliche Garantieversicherungsschutz für alle zu vertretbaren Kosten eingeführt werden. Die Bürger dürfen nicht den Versicherungsgesellschaften ausgeliefert zu sein. Die Erstattung von 80% der Wiederherstellungskosten – wie zuletzt nach dem Hochwasser 2013 – ist für diese Fälle generell erforderlich. Die staatliche Versicherung muss mit einem Masterplan für natürlichen dezentralen Hochwasserschutz kombiniert werden. Jede Gemeinde, ob vom Hochwasser betroffen oder nicht, muss Zersiedelung vermeiden, unnötige Versiegelung zurückbauen und prüfen, wo man dezentrale Versickerung in der Fläche begünstigen kann. Nur so gibt es einen flächendeckenden Effekt und Hochwasserprävention.